Sächsischer Landtag
5. Wahlperiode

DRUCKSACHE **5/13586**

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 91. Plenarsitzung am 30. Januar 2014

1. Anfrage des Abg. Heiko Kosel, Fraktion DIE LINKE

Eingang: 21.01.2014

Nazistische und polenfeindliche Provokation sächsischer Touristen in Karpacz (Republik Polen)

Nach Meldungen polnischer und deutscher Medien kam es Mitte Januar d. J. in dem bekannten polnischen Urlaubsort Karpacz durch eine Gruppe aus Dresden stammender Touristen zu nazistischen und polenfeindlichen Provokationen der anderen Urlaubsgäste und des dortigen Personals. Es sollen nazistische Grußgesten gezeigt und nazistische Parolen gerufen sowie polenfeindliche rassistische Beleidigungen geäußert worden sein. Dem Vernehmen nach seien staatsanwaltliche Ermittlungen sowohl in Polen als auch in Sachsen eingeleitet worden.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Über welche Kenntnisse verfügt die Staatsregierung bezüglich des o. g. Zwischenfalls?

2. Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung aus dem o. g. Zwischenfall in den dabei einschlägigen Politikfeldern ziehen?

2. Anfrage des Abg. Stefan Brangs, SPD-Fraktion

Eingang: 22.01.2014

Musterverfahren

Am 2. Januar 2014 wurden durch das Landesamt für Finanzen eine Vielzahl von – aufgrund der bislang nicht ausgeurteilten Rechtslage von der Behörde seit mehreren Jahren ruhend gestellten – Widersprüchen abgelehnt verbeschieden. Die betreffenden Widersprüche waren von Beamtinnen und Beamten des Freistaates Sachsen gegen ihre altersdiskriminierende Besoldung eingelegt worden.
Alle betroffenen Beamtinnen und Beamten als Widerspruchsführer müssen nunmehr innerhalb der einmonatigen Rechtsmittelfrist Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht erheben, wenn sie ihre dem Widerspruch zugrundeliegenden Rechtsansprüche nicht verwirken wollen. Laut Auskunft der Gewerkschaften sind hiervon mehr als 11000 Beamtinnen und Beamte betroffen.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Aus welchen sachlichen Gründen oder Erwägungen lehnt die Staatsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden die Durchführung von Musterverfahren entgegen ihres vorherigen Verhaltens nunmehr ab?

2. Inwiefern ist diese Ablehnung mit dem Grundsatz der Prozessökonomie sowie mit dem Gedanken eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes und mit dem hiermit zusammenhängenden Anspruch, die Verwaltung, Gerichtsbarkeit und deren Bedienstete von unnötigen Aufgaben zu entlasten, vereinbar?

Ausgegeben am: 24.01.2014

3. Anfrage der Abg. Annekathrin Giegengack, Fraktion GRÜNE

Eingang: 23.01.2014

Schülerkosten an öffentlichen Schulen

Fragen an die Staatsregierung:

1. Über welche konkreten Kenntnisse verfügt die Staatsregierung hinsichtlich der Schülerkosten an öffentlichen Schulen in Sachsen ggf. in Abhängigkeit von Schulart und -stufe?

2. Wenn dies nicht der Fall ist, in welcher Form ist eine Datenerhebung zu den Schülerkosten an öffentlichen Schulen in Sachsen geplant und werden bei der Ermittlung der Kosten Daten genutzt, die aus der Umstellung der Kommunalhaushalte auf die Doppik resultieren?

4. Anfrage des Abg. Horst Wehner, Fraktion DIE LINKE

Eingang: 23.01.2014

5. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz hat das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) mit der Erstellung des 5. Berichts zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen beauftragt.
Für dieses Projekt war eine Laufzeit von insgesamt 16 Monaten, vom 15. August 2012 bis 15. Dezember 2013, vorgesehen.

Frage an die Staatsregierung:

Wann wird der Bericht dem 5. Sächsischen Landtag vorgelegt?

5. Anfrage der Abg. Eva Jähnigen, Fraktion GRÜNE

Eingang: 23.01.2014

Erstellung von ca. 11 000 Widerspruchsbescheiden im Landesamt für Finanzen über den Jahreswechsel

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie hoch war der personelle und sächliche Aufwand zur Erstellung der 11 000 Widerspruchsbescheide durch das Landesamt für Finanzen gegen Widersprüche von sächsischen Beamtinnen und Beamten zur Einstufung ihrer Besoldung bis zum 2. 1. 2014? (Erbitte Auflistung der durchschnittlichen Bearbeitungszeiten pro Bescheid, der Anzahl der damit beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie des sonstigen Aufwandes.)

2. Für wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Landesamt für Finanzen in den Monaten November und Dezember 2013 Urlaubssperren verhängt?

6. Anfrage der Abg. Eva Jähnigen, Fraktion GRÜNE

Eingang: 23.01.2014

Planung der Bahnneubaustrecke Dresden - Prag/Eignung für den Güterverkehr

Fragen an die Staatsregierung:

1. Nach welchen Kriterien insbesondere der Wirtschaftlichkeit und Nutzbarkeit wird in den nächsten Schritten die Bahnneubaustrecke Dresden – Prag geplant und vorbereitet (Auflistung der Kriterien und ihrer Gewichtung erbeten.)?

2. In welchem Maße sehen die aktuellen Planungen der Bahnneubaustrecke Dresden – Prag angesichts der besonderen Situation (Gebirgsquerung, Tunnelstrecke) eine Nutzung durch den Güterverkehr vor?